

magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 02.2010 11.02.2010

Kein Geld da!?

Tarif- und Besoldungsrunde 2010 hat Signalcharakter



www.beamten-magazin.de



1) Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)
2) Bei entsprechender Bonität
3) Kondition freibleibend

Abruf-Dispokredit²⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettozüge
7,99 % p. a.³⁾

Exklusivangebote für alle Beamtinnen und Beamte im DGB

0,- Euro Bezügekonto¹⁾

- Kostenfreie Kontoführung und BankCard
- Regelmäßiger und kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“
- Regelmäßiger E-Mail-Newsletter
- Bequemer Kontowechsel für Ihr bisheriges Konto
- Kostenfreie Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank sowie an über 2.500 Geldautomaten unserer CashPool-Partner
- Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an über 18.600 Geldautomaten des genossenschaftlichen BankCard ServiceNetzes.

+ Abruf-Dispokredit¹⁾²⁾

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettozüge

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

+ DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

- Mindestens 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag bei Abschluss UniProfiRente
- Rabatt gilt auch für bestehende Verträge
- **Zusätzlich 200,- Euro einmalige staatliche Zulage für junge Riester-Einsteiger (bis 25 Jahre)**

Jetzt informieren:

Bei Ihrem BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst,
unter www.bezuegekonto.de oder Tel. 0 180/40 60 105
(20 Ct./Anruf a. d. dt. Festnetz, max. 42 Ct./Minute aus Mobilfunknetzen)



Mindestens
40 % Rabatt **DGB**
vom Ausgabeaufschlag bei
100 % Garantie aller eingezahl-
ter Beiträge und Zulagen zum
Beginn der Auszahlphase für
Beschäftigte im öffentlichen
Dienst und deren Angehörige.

BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Inhalt

Titel	
Kein Geld da!	
Tarif- und Besoldungsrunde 2010 hat Signalcharakter	4
Gastbeitrag	
Fünf Prozent für die Binnennachfrage	6
Meldungen	
Bund: Alterssicherungssysteme stärken statt Beamtenchelate betreiben	7
Migranten ja – Quote nein	8
Aus den Ländern	
Warnstreikwelle angerollt – Öffentlicher Dienst kämpft für mehr Geld und Anerkennung	9
Berlin: Tariflichen Sonderweg nicht zementieren	10
Niedersachsen: Weiterer Stellenabbau droht	11
Porträt	
Industriemeister – Technische Wagenbehandlung im Bereich Eisenbahn	13
Service	
Mitbestimmung spezial, Teil III	14
Interview	
Forderung mit Augenmaß – Die Verhandlungsführer der Gewerkschaften zur Tarifforderung	16
Unwort des Jahres 2009 „Betriebsratsverseucht“ – und das ist gut so!	17
Vermischtes	
Beschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden 1991 bis 2008	18

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Bereich Öffentlicher Dienst und Beamte, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas, Nils Kammradt, Lisa Kranz, Silke Raab, Gabriela Schill; Gestaltung: SCHIRMMWERK, Düsseldorf; Titelfoto: iStockphoto Jan-Otto; Druck: VVA GmbH, Düsseldorf; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlußheim, Telefon: 0180 5835226, Fax: 0180 5329226, infoservice@beamteninformationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser,
das Geld ist weg. So lautet die Arbeitgeber-Botschaft in der aktuellen Tarifrunde. Deshalb gehen die Arbeitgeber auf Konfrontationskurs. Nicht mit den Verursachern der Krise natürlich, denn von der angekündigten Regulierung der Finanzmärkte ist noch nichts zu sehen. Und während die Deutsche Bank Milliardengewinne einstreicht und die Banker-Boni munter fließen, richtet sich der Argwohn der Arbeitgeber gegen Tarifbeschäftigte und Beamte. „Maßlos“ und „nicht von dieser Welt“ seien die Forderungen.

Der Tarifkonflikt bekommt Signalcharakter: Auf Jahre hinaus werden uns die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise noch belasten und in dieser Zeit soll es kein Geld für die Beschäftigten geben. Die lassen sich davon nicht beeindruckt. Sie gehen für ihre Interessen auf die Straße, vor dem Bundesfinanzministerium in Berlin und in zahlreichen Städten im gesamten Bundesgebiet. Und sie wollen ein Angebot der Arbeitgeber, denn wer Geld für reiche Erben und Hotelketten hat, der muss auch für die eigenen Beschäftigten etwas locker machen können. Dass sozial ist, was Kaufkraft schafft, belegt auch ver.di-Ökonom Norbert Reuter. In der Krise zu sparen hieße, die Gesundung der Wirtschaft zu gefährden.

Heiß debattiert wurde in den vergangenen Wochen einmal mehr über die Beamtenversorgung. Wer jedoch mehr als Stammtischniveau verlangt, wird von den Medien schwer enttäuscht. Die Mär von den reichen Pensionären soll verschleiern, dass die wirklichen Vermögen nur einem Zehntel der Bevölkerung gehören. Sozialneid zu schüren scheint allemal einfacher zu sein als eine völlig verfehlt Sozialpolitik aufzugeben, die Armut schafft statt sie zu vermeiden. ■

Nils Kammradt
Bereichsleiter Öffentlicher Dienst und Beamte
beim DGB Bundesvorstand

Titel



Unmittelbar vor der dritten Verhandlungsrunde in der Tarifaufeinanderersetzung mit Bund und Kommunen verweigern die Arbeitgeber immer noch ein Angebot. Der Tariflohnentwicklung in der Bundesrepublik und den keineswegs schlechten Aussichten für die Konjunktur zum Trotz erklären sie, Geld sei nicht vorhanden. Die Gewerkschaften gehen indessen zu Aktionen über. Bis zum 10. Februar rollt die erste Warnstreikwelle mit über 80.000 Streikenden. Auch die Beamtinnen und Beamten des Bundes melden sich zu Wort.



Die Verhandlungsführer der Gewerkschaften auf dem Weg zur Pressekonferenz. Foto: Ulla Spiekermann

Kein Angebot bis zur dritten Verhandlungsrunde: Nach Auffassung von ver.di-Chef Frank Bsirske haben sich die Arbeitgeber innerlich schon in die Schlichtung verabschiedet. Nicht einmal andeutungsweise lassen sie durchblicken, ob und welche Perspektiven im derzeit festgefahrenen Tarifkonflikt bestehen. Zu groß ist die Furcht davor, den Schlichtern eine Vorlage zu bieten, auf die weitere materielle Bestandteile aufgesattelt werden könnten. Stattdessen wird lakonisch auf die leeren Kassen von Bund und Kommunen verwiesen. „Fünf Prozent Rezession und fünf Prozent mehr für die Beschäftigten im öffentlichen

rechnen – für deren chronisch klamme Kassen unbestritten eine existenzielle Bedrohung. Das Krisenjahr 2009 kennt aber auch Gewinner: Deutsche Bank-Chef Ackermann konnte stolz einen Gewinn von 5 Milliarden Euro verkünden. Der Deutsche Aktienindex (Dax) legte um 23 Prozent zu und auch die Bilanzen der wichtigsten Unternehmen im Dax waren mehr als gut. Selbst dem schwer angeschlagenen Autobauer Opel scheint es wieder so gut zu gehen, dass seine Vorstandsetage 2010 mit üppigen Bonuszahlungen rechnen kann. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in wachsenden Privatvermögen wider: Um 60 Prozent nahmen die Nettovermögen der Deutschen von 1993 bis 2005 zu, auf insgesamt gewaltige 7,6 Billionen Euro, mehr als das Fünffache der Staatsverschuldung. Vor diesem Hintergrund müsste der Staat deutliche Mehreinnahmen erzielen können, das Gegenteil aber ist der Fall: Über ein Jahrzehnt wurden systematisch Steuergeschenke für Besserverdienende, Großunternehmen und reiche Erben gemacht. „Öffentliche Armut und privater Reichtum sind hierzulande zwei Seiten einer Medaille“ fasst es der Bereich Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand zusammen, denn: 60 Prozent der privaten Vermögen gehören den zehn Prozent Reichsten der Reichen. Die Folgen der Krise sollen von Beschäftigten in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst geschultert werden.

Kein Geld da!?

Tarif- und Besoldungsrunde 2010 hat Signalcharakter

Dienst, das passt nicht zusammen“ erklärte der Verhandlungsführer des Bundes, Innenminister Dr. Thomas de Maizière. Aus gewerkschaftlicher Sicht eine fadenscheinige Argumentation: Man könne nicht Steuergeschenke für reiche Erben und Hoteliers machen und anschließend beklagen, dass man kein Geld mehr habe, konterte Bsirske. Die Gewerkschaften befürchten, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise auf Jahre hinaus ein Totschlagargument gegen Lohnforderungen im öffentlichen Dienst werden könne. Der aktuelle Tarifkonflikt hat deshalb Signalcharakter.

Öffentliche Armut – privater Reichtum

Ist wirklich kein Geld da? Zweifel sind angebracht. Die Rettungspakete für die Banken und die milliardenschweren Konjunkturmaßnahmen haben zweifellos eine Menge Geld gekostet, überwiegend finanziert durch eine beispiellose Rekordverschuldung. Die Kommunen müssen in den nächsten Jahren mit erheblich geringeren Steuereinnahmen

Hausgemachte Probleme

Die Probleme sind hausgemacht: Systematischer Steuerverzicht und das neue Verschuldungsverbot drohen in eine Abwärtsspirale zu führen, die Bund, Ländern und Kommunen schon bald die Luft abdrücken könnte. Zwar soll die „Schuldenbremse“ erst ab 2016 greifen, bis dahin müssten die öffentlichen Haushalte aber drastisch nach unten gefahren werden. Das erklärt zum Großteil, warum die Arbeitgeber sich so hartnäckig zeigen. Aber was ist die Konsequenz? Erkennbar ist bereits, dass die Länder auf massiven Personalabbau setzen: Der öffentliche Dienst soll schrumpfen und mehr Geld für seine Beschäf-

Titel

→ tigten dürfte es nach dieser Logik auch nicht geben. Ein Vorhaben, das an der Realität und dem Willen der Beschäftigten scheitern dürfte. Schließlich war die Tarifentwicklung 2009 keineswegs rückläufig: Um 2,6 Prozent legten die Einkommen durchschnittlich zu, errechnete das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans Böckler Stiftung. „Selbst in Wirtschaftszweigen mit geringen Tarifsteigerungen ergibt sich ein reales Plus“, erklärte der Leiter des WSI-Tarifarchivs Dr. Reinhard Bispinck. verdi-Ökonom Norbert Reuter sieht deshalb in einer Stärkung der Binnennachfrage einen weitaus besseren Weg aus der Krise als durch Steuergeschenke (siehe Gastbeitrag S. 6). Eine gute Motivation für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Gewerkschaften in Aktion

Es gibt also nicht nur Verteilungsspielräume, die Gewerkschaften sind auch handlungsfähig. Sollten die Arbeitgeber gehofft haben, das Bedrohungsszenario würde die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einschüchtern, haben sie sich offenkundig geirrt: Zehntausende nahmen an der ersten Warnstreikwelle teil. Bestreikt wurden kommunale Krankenhäuser, die Müllabfuhr, der öffentliche Personennahverkehr und zahlreiche Behörden. Auch im Bund kam es zu ersten Arbeitskampfmaßnahmen.



„Wer hochwertige öffentliche Dienstleistungen will, muss seine Beschäftigten auch anständig bezahlen.“
Foto: DGB



Mehr Bewegung forderten Kundgebungsteilnehmer in Potsdam von den Arbeitgebern.
Foto: Kay Herschelmann

Kollekte für's Bundesfinanzministerium

Nicht nur die Tarifbeschäftigten, auch rund 125.000 Beamtinnen und Beamte und mehr als 640.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes sind von der Einkommensrunde unmittelbar betroffen. Hinzu kommen die 140.000 Beamtinnen und Beamten bei Post, Postbank und Telekom. Für sie alle haben DGB und Gewerkschaften gleichfalls die Forderung einer Einkommensverbesserung von 5 Prozent im Volumen entsprechend dem Tarifergebnis erhoben. Frühzeitig machten sie deutlich, dass sie nicht leer ausgehen dürften: Am 8. Februar demonstrierten vor dem Bundesfinanzministerium mehrere hundert ver.di-Beamte für mehr Besoldung und Versorgung. Ihre Botschaft: Wer hochwertige öffentliche Dienstleistungen will, muss seine Beschäftigten auch anständig bezahlen. Symbolisch sammelten die Beamtinnen und Beamten Geld für den klammen Finanzminister und überreichten die Kollekte zusammen mit einer Resolution an Finanzstaatssekretär Gatzer. Dieser äußerte zwar Verständnis für die Interessen der Beschäftigten, wiederholte letztlich aber nur die bekannten Argumente: Geld sei nicht vorhanden.

Schlichtung im Kopf

Mit der dritten Verhandlungsrunde wird die Frage der Schlichtung aktuell. Sollten die Verhandlungen auch in dieser Runde ergebnislos verlaufen und die Arbeitgeber weiter kein Angebot vorlegen, ist damit zu rechnen, dass sie sich in die Schlichtung retten wollen. Damit wären die Gewerkschaften zwar an die Friedenspflicht gebunden und müssten ihre Aktionen aussetzen. Fraglich ist aber, ob die Arbeitgeber nach der Schlichtung tatsächlich besser dastünden. Die Schlichter werden kaum eine Nullrunde zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen. Ohne erkennbare Linie der Arbeitgeber laufen diese Gefahr, einen Schlichterspruch zu kassieren, der ihnen gar nicht passen könnte. Lehnen sie ihn ab, wird ihnen im Arbeitskampf der Wind umso rauer um die Nase pfeifen. ■



Dr. Norbert Reuter, Ökonom beim ver.di-Bundesvorstand, zur Tarifforderung

Fünf Prozent für die Binnennachfrage

Eigentlich hätte es eine leichte Tarifaueinandersetzung werden müssen. Denn mittlerweile hat auch die und der Letzte begriffen, dass Deutschland an vordringlichster Stelle eine Stärkung der Binnennachfrage braucht. Die von den Gewerkschaften geforderte Einkommensverbesserung für die 1,2 Millionen Beschäftigten in den Kommunen und beim Bund würde dem privaten Konsum einen Schub von knapp 4,6 Milliarden Euro geben. Die kämen gerade recht. Jetzt, wo der Exportmotor gewaltig stottert und gleichzeitig die Konjunkturpakete und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen auslaufen.

Doch was machen die öffentlichen Arbeitgeber? Die weisen die Forderungen als „unrealistisch überzogen“ und „nicht finanzierbar“ zurück. Das verstehe, wer will. Denn gerade hat die Bundesregierung mit Unterstützung der Länder im so genannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ fast die doppelte Summe als Geschenk u. a. an Erben, Unternehmen und Hotelbesitzer verteilt. Und kein politisch Verantwortlicher hat „unfinanzierbar“ gerufen. Im Gegenteil: Das sei zur Stützung der Binnennachfrage dringend nötig, wurde argumentiert. Mehr noch: Ab 2011 sollen weitere Steuersenkungen in Höhe von 20 Milliarden Euro kommen – Jahr für Jahr. Dabei sind Steuersenkungen eine äußerst ineffektive Art, die Binnennachfrage anzukurbeln.



Denn hiervon profitieren Reiche und Vermögende besonders. Und bei denen versickert ein erheblicher Teil in höherer Ersparnis und Spekulation. Höhere Einkommen für die Beschäftigten sind dagegen die beste Stütze für den privaten Konsum.

Zudem: Der öffentliche Dienst war schon in der Vergangenheit das Sparschwein der Nation. Die Ausgaben für öffentlich Beschäftigte betragen nicht einmal mehr sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Anfang der 1990er Jahre waren es noch neun Prozent, der Durchschnitt in der Europäischen Union beträgt 10,5 Prozent. Es muss endlich Schluss sein mit einer Politik der ständigen Steuersenkungen, die vor allem Reichen und Vermögenden zugutekommen. Denn das ist der wahre Grund für die klammen öffentlichen Kassen. Allein die Steuerreformen seit 1998 haben den Staat bislang rund 300 Milliarden Euro gekostet. Insofern dürfen sich die Beschäftigten nicht ins Bockshorn jagen lassen. Sozial ist, was jetzt schnell und direkt Kaufkraft schafft. ■

Das RentenPlus



Gute Planung zahlt sich aus.

Mit staatlicher Förderung für das Alter vorsorgen.

Riester-Rente mit Sondertarif für Gewerkschaftsmitglieder

Die Vorteile sind

- hohe garantierte Rente
- hohe staatliche Förderung
- günstige Sondertarife
- gute Beratung

Rentenversicherung „Klassik“ oder „Chance“

Debeka (Konsortialführer)	DEVK	Fondssparen „UniProfiRente“
Tel.: 0180-5006590-10	Tel.: 0180-5006590-40	BBBank
BHW	HUK-COBURG	Tel.: 0180-5006590-70
Tel.: 0180-5006590-20	Tel.: 0180-5006590-50	
DBV-Winterthur	NÜRNBERGER	
Tel.: 0180-5006590-30	Tel.: 0180-5006590-60	



www.das-rentenplus.de

Meldungen

Alterssicherungssysteme stärken statt Beamtenschelte betreiben

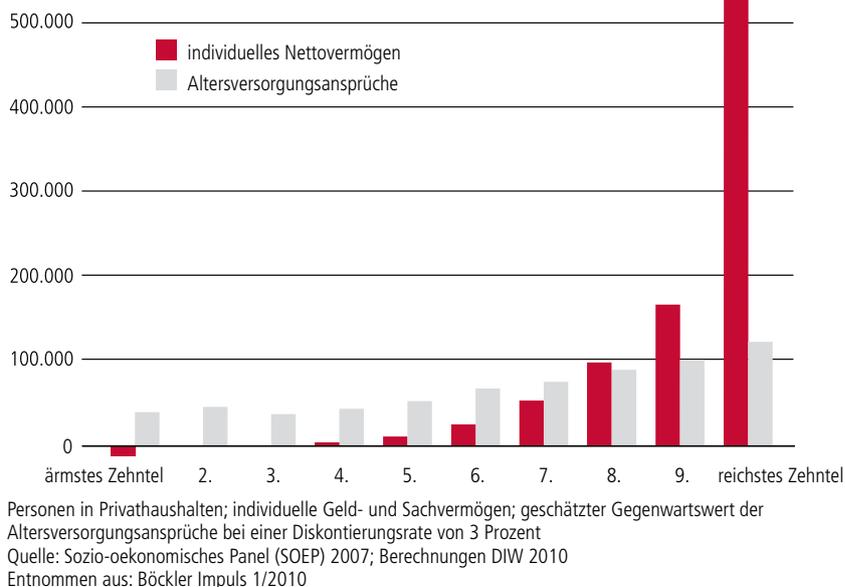
Die Alterssicherungssysteme in Deutschland dämpfen die ungleichen Vermögensverhältnisse massiv. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die die Hans Böckler Stiftung in Auftrag gegeben hatte. Erstmals wurden Renten- und Pensionsansprüche in Form fiktiver Vermögenswerte in die Berechnung der Vermögensverteilung einbezogen.

Während den weniger wohlhabenden 70 Prozent der Bevölkerung 2007 lediglich über neun Prozent aller Geld- und Sachwerte gehörten, verfügte das reichste Zehntel der deutschen Bevölkerung über mehr als 60 Prozent des privaten Geld- und Sachvermögens (siehe Grafik). Das Alterssicherungsvermögen in Form von Anwartschaften aus Rente und Beamtenpension verteilt sich dagegen gleichmäßiger auf die gesamte Bevölkerung. Die Polarisierung ist geringer, weil die meisten Erwerbstätigen in eines der Alterssicherungssysteme einbezogen sind.

Die zentrale Botschaft dieses Ergebnisses steht für den DGB außer Frage: Die sozialen Sicherungssysteme müssten gestärkt werden. Niedriglöhne, ungesicherte Beschäftigung, Minijobs und Minirenten senkten die Rentenansprüche der Zukunft weiter. Deshalb sei es notwendig, diese Systeme zu stärken, statt – wie bisher – die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung ständig zu reduzieren.

In weiten Teilen der bundesdeutschen Presse und in den Polittalks des deutschen Fernsehens hat die Studie des DIW eine neue Welle der Beamtenschelte ausgelöst, die in regelmäßigen Abständen die Beamtinnen und Beamten überrollt. Die Aussage, dass das durchschnittliche „Vermögen“ in Form zukünftiger Versorgungsansprüche von Beamtinnen und Beamten wesentlich höher sei als das durchschnittliche „Vermögen“ in Form zukünftiger Rentenansprüche, war für die Medien ein gefundenes Fressen.

Vermögensverteilung in Deutschland 2007



Beamtenschelte sei völlig fehl am Platz, meint dagegen der DGB und weist darauf hin, dass derartige Vergleiche die unterschiedliche Struktur der Beamtenversorgung gegenüber der Rente und die unterschiedliche Beschäftigtenstruktur gegenüber der Privatwirtschaft nicht hinreichend beachten. So seien im Beamtenverhältnis überdurchschnittlich viele Akademiker beschäftigt. Eine Differenzierung nach Beamten und Angestellten mit ähnlichen Aufgaben und vergleichbarer Verantwortung erfolge nicht. Bei einer solchen Verteilungsanalyse würde nämlich deutlich werden, dass Arbeitnehmer/innen in der Privatwirtschaft mit betrieblicher Altersversorgung sowie die Angestellten im öffentlichen Dienst mit ihrem Alterssicherungsvermögen ähnliche Ansprüche haben wie Beamtinnen und Beamte. Auch die GEW wies auf die Vergleichsprobleme hin: „Die in der Studie ausgewiesenen Werte für das Vermögen aus Pensionsansprüchen sind deutlich höher als die Werte für das Rentenvermögen. Dies entspricht im Grundsatz dem Befund aus anderen empirischen Untersuchungen, denn die Beamtenversorgung ist für die Beschäftigten sowohl Grund- als auch Zusatzversorgung. Sie umfasst, anders als die gesetzliche Rente, auch Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze bis hin zu Führungspositionen (Regierung, Bundesbank, Abgeordnete etc.).“ Hieraus vorschnell eine Überversorgung der Beamtinnen und Beamten zu folgern, sei unwissenschaftlich, weil „Äpfel mit Birnen“ verglichen würden. In der Gruppe der Rentner seien viele ehemals an- und un-

gelernte Beschäftigte enthalten, während Beamtinnen und Beamte durchweg ausgebildete Fachkräfte seien. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil habe ein Studium absolviert. Gerade für die höher qualifizierten „Nicht-Beamten“ spielten Betriebsrenten oder berufsständische Versorgung aber eine spürbare Rolle, während sie in den unteren Einkommenschichten kaum vorhanden seien.

Der Vorsitzende der GdP Saarland Hugo Müller verweist auf einen weiteren Aspekt, der in der öffentlichen Diskussion häufig vergessen werde: „Ein – neben anderen – wesentlicher Grund, warum öffentliche Arbeitgeber auf Beamtenverhältnisse setzen, ist der Umstand, dass man während ihrer aktiven Dienstzeit die Sozialabgaben und Beiträge zur Altersversorgung spart! Somit ist das Beamtenverhältnis oft über 40 Beschäftigungsjahre die preiswertere Lösung. Würde die öffentliche Hand konsequent und vorausschauend für die Versorgung von Beamten Rücklagen bilden, gäbe es die hohen Versorgungslasten nicht mehr.“ Und ver.di hat noch einmal betont, dass sich viele Beamtinnen und Beamte im einfachen und mittleren Dienst befänden. Hier von einer üppigen Versorgung zu sprechen, sei völlig verfehlt. Beim Bund betrüge die durchschnittliche Pension 2.301 Euro. Bei Post und Bahn 1.636 Euro. Auf einen Nenner hat es der DGB-Bezirksvorsitzende Berlin-Brandenburg Dieter Scholz gebracht: „Wenn es um Vermögensanhäufung in diesem Land geht, denke ich nicht an Beamte. Da fallen mir ganz andere Gruppen ein.“ ■

Meldungen

Bund

Angeblich keine Zusammenlegung geplant

Das Bundesfinanzministerium (BMF) hat Meldungen zurückgewiesen, dass es in der Bundesregierung Überlegungen gebe, Polizei und Zoll zusammenzulegen. Der „Spiegel“ hatte berichtet, dass rund 17.000 Stellen aus Zollkriminalamt, Zollfahndung und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit aus der Zuständigkeit des BMF an die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt übergehen könnten. Durch die damit verbundenen Synergieeffekte ließen sich rund 5.000 Stellen einsparen. Die Planungen sollten im Frühjahr beginnen und im Herbst „entscheidungsreif“ sein. Als „in der Form Unsinn“ hat das Ministerium die Aussagen des „Spiegel“-

Berichts dementiert. Auf Basis des Koalitionsvertrags soll eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Innen- und Finanzministeriums eingerichtet werden, die die „Schnittstellen“ bei den Sicherheitsbehörden hinsichtlich einer höheren Effizienz im IT-Bereich analysieren und Verbesserungsvorschläge erarbeiten soll. ■

Migranten ja – Quote nein

„Migrantenquote im öffentlichen Dienst?“ – „Schule und Polizei sollen mehr Migranten anstellen“ – „Regierung will 20 Prozent Migranten im öffentlichen Dienst“ – die Meldungen überschlugen und widersprachen sich. Tatsächlich forderte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU), dass im öffentlichen Dienst mehr Migranten beschäftigt werden, allerdings ohne Quote.

In ihrer Klarstellung anderslautender Meldungen heißt es: „Es ist völlig zutreffend, dass wir mehr Menschen aus Zuwandererfamilien im öffentlichen Dienst brauchen. Bereits jetzt hat jeder Fünfte in Deutschland einen Migrationshintergrund. Umso wichtiger ist es, dass Migranten angemessen als Beschäftigte im öffentlichen Dienst vertreten sind. Eine Quote steht aber nicht zur Diskussion.“ Böhmer bezieht sich auf Vereinbarungen im Nationalen Integrationsplan, demzufolge Bund und Länder als Arbeitgeber den Anteil der Migranten im öffentlichen Dienst erhöhen wollen. „Viele Behörden setzen bereits auf die Potenziale von Zuwanderern und bilden verstärkt junge Migranten aus. Besonders dringend benötigen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen mit Migrationshintergrund.“ ■

– Anzeige –



Unser Angebot – Ihr Vorteil

Das Informationsangebot des DBW

OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie mehr als 800 PDFs auf allen Websites des DBW öffnen, lesen und ausdrucken können. Im Angebot des OnlineService finden Sie auch einige Ratgeber als OnlineBuch, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht für Beamte und Tarifbeschäftigte“ und „FrauenSache im öffentlichen Dienst“.



Das alles für nur 10,00 Euro (inkl. MwSt.) bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Anmelden können Sie sich für den OnlineService unter www.dbw-online.de/onlineservice.

Bestellung

per E-Mail: info@dbw-online.de
per Telefon: 0211 7300335
per Telefax: 0211 7300275
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
Höherweg 287
40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.dbw-online.de

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

JA, ich möchte ab sofort am OnlineService teilnehmen.

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift

Aus den Ländern



„Über 22.000 Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes haben eindrucksvoll gezeigt, dass sie ein rasches Angebot der Arbeitgeber erwarten“, so die Bilanz von ver.di-Chef Frank Bsirske zum Auftakt der Warnstreikwelle in zehn Bundesländern. Am 1.

Februar waren die Tarifverhandlungen ergebnislos unterbrochen worden. Die Gewerkschaften fordern für die Beschäftigten mehr Geld und Anerkennung ihrer Arbeit.

Schwerpunkte waren in der ersten Februarwoche die kommunalen Krankenhäuser, Kindertagesstätten sowie Bürgerbüros, Arbeitsagenturen und Verwaltungen in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Die kommunale Straßenreinigung in München war wegen der Witterungsverhältnisse zunächst vom Warnstreik ausgenommen. In Baden-Württemberg legten 600 Beschäftigte des Uni-Klinikums Mannheim die Arbeit nieder. Auch die Müllabfuhr und Beschäftigte der Stadtverwaltung gingen auf die Straße. Zur Hauptkundgebung mit Frank Bsirske kamen über 1.000 Beschäftigte. Er warf den Arbeitgebern eine „Hinhaltetaktik“ vor: „Gedanklich haben sie sich schon in die Schlichtung verabschiedet.“

Mehr Geld für die Beschäftigten statt für teure Prestigeprojekte

Nach diesem Vorgeschmack kam es bereits am 4. Februar zu sehr viel massiveren Auswirkungen. Bundesweit waren über 50.000 Beschäftigte auf der Straße. Vielerorts, so beispielsweise in Stuttgart, wurde der gesamte Nahverkehr lahmgelegt. Beschäftigte der Kommunen waren in Ulm, Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Baden-Baden, Konstanz und Pforzheim im Warnstreik. „Arbeitgeber haben immer Argumente, warum etwas nicht geht, Wirtschaftskrise hin oder her“. „Alles wird teurer, da müssen auch wir sehen, wo wir bleiben“ oder „Wenn für Stuttgart21 so viel investiert wird, kann man das auch fürs Personal ausgeben“, war die Meinung unter den mehr als 5.000 Demonstranten auf der Streikkundgebung in Stuttgart. In der Landeshauptstadt hatte ver.di Notdienstvereinbarungen mit den Kliniken getroffen. Während der Warnstreiks hielten jeweils drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Station die Versorgung aufrecht. Notdienstvereinbarungen gab es auch im Winterdienst. In Nordrhein-Westfalen blieben Müllabfuhr und das Bodenpersonal der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn für Stunden der Arbeit fern. In Berlin waren Beschäftigte aus dem OP-Bereich sowie Lehrkräfte und Schüler der Vivantes-Schule zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Erste Warnstreiks auch in Sachsen: In den Kliniken in Dresden-Friedrichstadt und Rochlitz legten die Beschäftigten für drei Stunden die Arbeit nieder. Im Laufe der Woche wurden die Aktionen ausgeweitet.



Auch in Hessen waren tausende Beschäftigte dem Streikaufruf der Gewerkschaften gefolgt.
Foto: Barbara Dietz-Becker

Nach Bankenrettung und Abwrackprämie soll der öffentliche Dienst leer ausgehen

Erste Warnstreiks gab es auch in Kindertagesstätten. Die GEW zählte über 3.000 Beschäftigte bei Kundgebungen in München, Ingolstadt und Nürnberg, darunter mehrere hundert Erzieherinnen, Sozialpädagogen und Lehrkräfte aus kommunalen Schulen. Die Teilnehmer/innen kritisierten, dass der Staat zwar für die Rettung von Banken und der Autoindustrie Milliarden übrig habe, nicht aber für den öffentlichen Dienst. Verhandlungsführerin Ilse Schaad: „Für die nächste Ver-

Warnstreikwelle angerollt

Öffentlicher Dienst kämpft für mehr Geld und Anerkennung

handlungsrunde erwarten wir ein Angebot der Arbeitgeber.“ Geplant sei eine Ausweitung der Warnstreiks, schwerpunktmäßig in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

Signal für die Arbeitgeber

Am 8. Februar, zwei Tage vor Fortsetzung der Tarifrunde in Potsdam, kam es in verschiedenen Teilen des öffentlichen Dienstes in Brandenburg zu Streiks. In Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam trafen sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu Kundgebungen, um den Gewerkschaftsforderungen Nachdruck zu verleihen. Frank Bsirske: „Wir können nur hoffen, dass die Arbeitgeber das Signal aufnehmen.“ ■

Aus den Ländern

Baden-Württemberg

DGB sieht Einfluss der Ressorts auf Laufbahnen kritisch

Der DGB will in Beteiligungsgesprächen die Eckpunkte zur Dienstrechtsreform in Baden-Württemberg nachbessern. Die vom Ministerrat im Dezember vorgelegten Eckpunkte bilden die Grundlage für die bis Ostern erwarteten Gesetzentwürfe. Der DGB sieht es zum Beispiel äußerst skeptisch, dass die einzelnen Ressorts für die Laufbahngestaltung zuständig sein sollen. Er befürchtet, dass Laufbahnen kleinteiliger und spezifischer für das Ressort zugeschnitten werden. Die Verwertbarkeit von Abschlüssen werde dadurch erschwert und die Mobilität der Beamtinnen und Beamten eingeschränkt. Genau prüfen will der DGB Versorgungsregelungen. Er werde darauf achten, dass Beamtinnen und Beamte, die von der neuen Möglichkeit zur Arbeitsreduzierung Gebrauch machen, im Alter ein ausreichendes Einkommen haben. Beamtinnen und Beamte sollen künftig ihre Arbeitszeit aus familiären Gründen bis auf 30 Prozent reduzieren können. Auch das „Altersgeld“ will der DGB untersuchen. In Form des Altersgeldes sollen Versorgungsansprüche beim Wechsel aus dem Beamtenverhältnis in die freie Wirtschaft mitgenommen werden. ■

Bayern

DGB: Berufliche Erfahrung muss stärker zählen

Berufliche Erfahrung und zusätzlich erworbene Qualifikationen werden im neuen bayerischen Beamtengesetz zu wenig berücksichtigt. Das kritisiert der DGB in einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf für ein neues Dienstrecht, den der Ministerrat jetzt verabschiedet hat. Formale Hürden erschweren das berufliche Weiterkommen. Das sei bedauerlich, da doch die Aufhebung der Laufbahngruppen Beamtinnen und Beamten bei entsprechender Qualifizierung und beruflicher Erfahrung einen Zugang

zu höherwertigen und besser bezahlten Tätigkeiten ermöglichen. Auch die funktionsgerechte Bezahlung werde zu wenig berücksichtigt. Wer Leistung stärker belohnen wolle, müsse auch honorieren, wenn Beamtinnen und Beamte höherwertige Tätigkeiten übernehmen. Der DGB will dazu eine generelle Bezahlungsregelung. Wichtig ist dem DGB, dass die Personalräte mitbestimmen, wenn Kriterien für flexible Leistungselemente und deren Vergabe festgelegt werden. ■

Berlin

Tariflichen Sonderweg nicht zementieren

Im Berliner Tarifkonflikt hat ver.di die Beschäftigten in den Bezirksämtern, den Senatsverwaltungen, in den Kita-Eigenbetrieben und Schulhorten, bei der Feuerwehr und in den Landesbetrieben am 9. Februar zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Die ver.di-Mitglieder lehnen das bislang vorliegende Modell der Arbeitgeberseite als unzureichend ab, da keine spürbaren Einkommenserhöhungen für die Jahre 2010 und 2011 vorgesehen sind. ver.di will verhindern, dass der tarifliche Sonderweg Berlins auf lange Sicht zementiert wird. „Es tut der Stadt und ihren Beschäftigten nicht gut, wenn zum Beispiel in Brandenburg die gleiche Arbeit im öffentlichen Dienst wesentlich besser bezahlt wird“, sagte die stellvertretende ver.di-Landesbezirksleiterin und Verhandlungsführerin der Gewerkschaftsseite Astrid Westhoff. ■

Brandenburg

Personalabbau bei Polizei soll weitergehen

Ein Antrag von SPD und Linken für eine bedarfsgerechte Personal- und Strukturplanung der Polizei in Brandenburg empört die GdP. In dem Landtagsantrag heißt es, dass der Personalabbau fortgeführt werden müsse. Zuvor hatte die Linke der Forderung der GdP nach



Polizeipräsenz in der Fläche ausgedünnt.

Foto: Michael Peckmann

einem Ende des Personalabbaus zugestimmt und die SPD eine Aufgabenkritik angekündigt, um zunächst den Personalbedarf zu prüfen. Der GdP-Landesbezirksvorsitzende Andreas Schuster wirft den Koalitionspartnern vor, gelogen zu haben. Die Polizei sei überaltert, Nachwuchs fehle und die Krankmeldungen hätten den höchsten Stand seit jeher erreicht. Immer weniger Kräfte müssten immer mehr Arbeit erledigen. Die Folge von weiterem Personalabbau sei: „Wir werden noch mehr als bisher Kriminalität lediglich verwalten können, Interventionszeiten werden sich erhöhen, die Polizeipräsenz in der Fläche deutlich abnehmen.“ Auf diese Probleme machten GdP-Mitglieder vor einer aktuellen Stunde im Landtag zum Thema öffentliche Sicherheit aufmerksam. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) erklärte, noch sei nichts entschieden, aber das Land müsse sparen. ■

Bremen

Mehr Auszubildende bei Polizei und Feuerwehr

Trotz weiteren Personalabbaus im öffentlichen Dienst will der Bremer Senat kontinuierlich Nachwuchs ausbilden. Das hat die Senatorin für Finanzen Karoline Linnert (Grüne) bei der Verabschiedung der Ausbildungsplanung 2010 angekündigt. In diesem Jahr stehen 501 Ausbildungsplätze zur Verfügung, das entspricht einer Quote von 8,3 Prozent. Im Vergleich zu 2009 werden zusätzliche Stellen bei Polizei, Feuerwehr und in der Steuerverwaltung geschaffen. Die Zahl der angehenden Polizistinnen und Polizisten steigt von 81 auf 93. Die Feuerwehr zählt 36 statt 30 Nachwuchskräfte. In der Steuerverwaltung wurden im Vorjahr zehn Auszubildende eingestellt, jetzt 40. Linnert erklärte, Bremen werde zur

Aus den Ländern

Haushaltskonsolidierung weiter Personal abbauen. Parallel müsse aber ausgebildet werden, um altersbedingte Abgänge auszugleichen. Ein Viertel der Beschäftigten geht in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand. ■

Hamburg

Versorgungsausgleich für Vollzugsbeamte gestrichen

Beamtinnen und Beamte in Hamburgs Polizei, Feuerwehr und Strafvollzug erhalten keine Ausgleichszahlung mehr beim Eintritt in den Ruhestand. Die Regierungskoalition aus CDU und Grün-Alternativer Liste hat die Einmalzahlung, die ihnen wegen der vorgezogenen Altersgrenze von 60 Jahren gewährt wird, ab 2011 gestrichen. Bisher erhielten Vollzugsbeamtinnen und -beamte bei der Pensionierung einmalig bis zu 4.091 Euro als Ausgleich dafür, dass sie vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren ausschieden und ihre Pensionsansprüche nicht mehr stiegen. Der DGB bezeichnet die Änderung im neuen Besoldungs- und Versorgungsrecht als skandalös. Da die Regelaltersgrenze nun auf 67 Jahre angehoben wurde, hätte der Versorgungsausgleich steigen müssen, argumentiert er. Ein Antrag der SPD gegen ein „Sonderopfer für die Vollzugsbediensteten“, der den Protest des DGB aufgriff, blieb erfolglos. ■

Hessen

GEW streitet für streikende Lehrer

Die GEW will gegen Sanktionen des hessischen Kultusministeriums für Teilnehmer/innen am Lehrerstreik vorgehen. Sie beruft sich auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und hat Informationen zusammengestellt, die Betroffene in möglichen Verfahren nutzen sollen. Es sei „inakzeptabel, wenn die Landesregierung, die für die schlechten Arbeitsbedingungen verantwortlich ist, sich wieder einmal auf eine obrigkeitstaatliche Auslegung des Be-

amtenrechts zurückziehen will und gegen diejenigen, die sich mit ihrer Teilnahme am Streik für Verbesserungen engagiert haben, Sanktionen ausspricht“. Das Ministerium beabsichtigt, Missbilligungen gegen verbeamtete Streikende auszusprechen und Angestellte abzumahnen. Dem Aufruf der GEW, für bessere Arbeitsbedingungen und kürzere Arbeits-



Foto: Barbara Dietz-Becker

zeiten zu streiken, waren am 17. November rund 5.000 Lehrer/innen gefolgt. Rechtliche Hinweise finden Betroffene im Mitgliederbereich der GEW-Homepage www.gew-hessen.de unter den Stichworten „Arbeitsniederlegung“, „Arbeitsrecht“ und „Angestellte“. ■

Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinsamer Kampf für Arbeitsschutz

DGB Nord und Arbeitgeberverband treten in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam dafür ein, dass die Verantwortlichkeit für den staatlichen Arbeitsschutz beim Land bleibt. „Eine Verlagerung vom Land auf die Kommunen lehnen wir gemeinsam ab“, erklären der Vorsitzende des DGB Nord und der Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in einem Schreiben an die Landtagsfraktionen. „Eine Verlagerung auf die kommunale Ebene schwächt den Arbeitsschutz nicht nur struk-

turell, sondern auch in den Köpfen der Verantwortlichen“, schreiben Peter Deutschland und Hans-Dieter Bremer. Damit werde der Eindruck vermittelt, dass Arbeitsschutzvorgaben nachrangige Bedeutung hätten. Deutschland und Bremer befürchten Qualitätseinbußen und höhere Kosten durch mehr Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf. Der bei vier Fachämtern angesiedelte Arbeitsschutz soll mit der Verwaltungs- und Kommunalreform neu organisiert werden. DGB und Arbeitgeber fordern die Fraktionen auf, den Plänen nicht zuzustimmen. ■

Niedersachsen

Weiterer Stellenabbau droht

Mit Stellenabbau und einer längeren Lebensarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte will Niedersachsen das Defizit im Landeshaushalt eindämmen. In der Landesverwaltung sollen 1.500 Stellen wegfallen, auch Lehrstellen werden laut Prognosen für den Haushalt 2011 gestrichen. Ein weiterer Stellenabbau sei nicht hinnehmbar, sagte die stellvertretende ver.di-Landesbezirksleiterin Susanne Kremer. Die Beschäftigten hätten in den vergangenen zehn Jahren bereits einen „gigantischen Personalabbau“ von 10.000 Stellen erlebt. Der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt erinnerte Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) an sein Versprechen, dass Lehrer/innen ab 2011 mit einer Entlastung rechnen könnten. „Stellenabbau würde die Überlastung fortsetzen. Das nehmen wir nicht hin.“ Die geplante Anhebung des Pensionsalters von 65 auf 67 Jahre ist nach den Worten des DGB-Bezirksvorsitzenden Hartmut Tölle „genauso falsch wie die Rente mit 67. Sie ist nichts anderes als ein Kürzungsprogramm“. Vorschläge des Steuerzahlerbundes, die Pensionen zu kürzen, weist der DGB scharf zurück. Er sieht sich jedoch in seiner Forderung nach einem Pensionsfonds bestärkt. Der Steuerzahlerbund mahnt eine Reform der Versorgung an, um einen Haushaltsnotstand zu ver-

Aus den Ländern

hindern. Die jährlichen Pensionsausgaben werden sich laut Gutachten bis 2030 von 1,72 auf 3,05 Milliarden Euro erhöhen. ■

Nordrhein-Westfalen

Feuerwehreinsatz gegen Beförderungsstopp

Mit einem Autokorso durch Wuppertal haben mehr als 500 Feuerwehrleute am 4. Februar gegen „unhaltbare Zustände bei der Beförderungssituation“ protestiert. Die mit Pfeifen und Sirenen ausgerüsteten Demonstranten forderten Innenminister Ingo Wolf (FDP) auf, den Erlass zum Beförderungsstopp zu ändern und einen Beförderungskorridor zuzulassen. Da viele Kommunen in einer Haushaltsnotlage sind, fehlt



Foto: Wilbert Gregor

das Geld dafür. Bei einigen Berufsfeuerwehren in Nordrhein-Westfalen werde seit Jahren nicht mehr befördert, kritisiert ver.di. Ein Feuerwehrbeamter müsse im Landesdurchschnitt fast elf Jahre auf eine finanzielle Verbesserung warten, deren Bruttoertrag 75 Euro betrage. ■

Rheinland-Pfalz

Ministerium und Gewerkschaften informieren über Fortbildung

Das Innenministerium von Rheinland-Pfalz hat erstmals mit DGB und dbb einen Fortbildungstag veranstaltet. Unter dem Motto „Fortbildung – fit für morgen“ wurden am 21. Januar im Ministerium Seminare und Vorträge angeboten. Fortbildungsanbieter prä-

sentierten sich. Interessierte konnten sich beispielsweise über Büroorganisation oder Konfliktmanagement informieren. Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) betonte, dass die Menschen zu lebenslangem Lernen aufgefordert werden müssten. Es genüge nicht, sie nur auf Weiterbildungsangebote hinzuweisen. Der DGB-Bezirksvorsitzende Dietmar Muscheid erklärte, Fort- und Weiterbildung könne für Führungskräfte ein Schlüssel zu einem guten Arbeitsklima und einer hohen Arbeitsqualität sein – aber nur, wenn sie sowohl im Interesse der Beschäftigten als auch der Arbeitgeber sei. ■

Saarland

ver.di: Tarifreuegesetz nicht vom Tisch

ver.di gibt den Kampf für ein Tarifreuegesetz im Saarland auch nach dem Scheitern der Gesetzesinitiative im Landtag nicht auf. Landesbezirksleiter Alfred Staudt kündigte an, seine Gewerkschaft werde ihn so lange fortsetzen, bis ein solches Gesetz verabschiedet sei. Die Regierungskoalition aus CDU, FDP und Grünen hatte den Entwurf von SPD und Linken abgelehnt, der die Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tariftreue Firmen vorsah. ver.di setzt nun zumindest auf ein Gesetz gegen Lohndumping im öffentlichen Personennahverkehr. Arbeitsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hatte die Möglichkeit einer länderübergreifenden Regelung erwähnt. Dazu werde sich eine Kommission aus Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland im Februar erstmals treffen. Die Gewerkschaften fordern seit drei Jahren ein Tarifreuegesetz. ■

Sachsen

DGB empört über Beschluss zur Dienstrechtsreform

Das sächsische Kabinett hat Eckpunkte für eine Reform des Dienst-, Besoldungs- und Versor-

gungsrechts beschlossen. Darin vorgesehen ist, die Regelaltersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand wie im Rentenrecht von 65 auf 67 Jahre anzuheben. Die besonderen Altersgrenzen für Beamtinnen und Beamte bei Polizei und Feuerwehr sollen von 60 auf 62 Jahre steigen. Mit scharfer Kritik reagierte der DGB auf den überraschenden Beschluss und sprach von „undemokratischer Geheimhaltungspolitik“. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende Markus Schlimbach: „Der gute demokratische Anstand hätte es verlangt, dass die Gewerkschaften vor einem Kabinettsbeschluss an der Dienstrechtsreform beteiligt werden.“ Die Rente mit 67 gehöre wegen der aktuellen Arbeitsmarktlage auf den Prüfstand. Sachsens Regierung solle die Überprüfung abwarten und nicht vorher Fakten schaffen. Mit der Anhebung der besonderen Altersgrenze für Polizei und Feuerwehr zeige sie ihre Missachtung gegenüber der Leistung dieser Beamtinnen und Beamten. ■

Sachsen-Anhalt

GEW: Höchste Zeit für mehr Lehramtsstudierende

Nach Auffassung der GEW ist es in Sachsen-Anhalt „höchste Zeit für radikale Veränderungen in der Lehrerbildung“. Zeitgleich mit Maßnahmen gegen den akuten Lehrermangel drängten tiefgreifende Reformen in der Lehrerbildung, stellt GEW-Landeschef Thomas Lippmann fest. Die Zahl von etwa 600 Lehramtsstudienplätzen an beiden Universitäten müsse verdoppelt werden. Die GEW dringe seit Jahren darauf, dass die Zahl der Studienplätze erhöht werde. Die Aufstockung der 340 Referendariatsplätze um 140 in diesem und im kommenden Jahr sei zu begrüßen, reiche jedoch nicht aus. Spätestens ab 2013/2014 müssten mindestens zehn Jahre lang 600 bis 800 Stellen neu besetzt werden, um Ruhestandseintritte aufzuwiegen. „Entscheidend ist, dass bei den quantitativen Anpassungen an den Bedarf die Qualität der Ausbildung nicht unter die Räder kommt“, sagte Lippmann. ■

Aus den Ländern

Schleswig-Holstein

Land will öffentliche Aufgaben streichen

Der in Schleswig-Holstein geplante Personalabbau im Landesdienst wird mit einem Abbau von Aufgaben einhergehen. Das hat Innenminister Klaus Schlie (CDU) auf einer landesweiten Personalrätekonferenz der DGB-Gewerkschaften angekündigt, zu der am 20. Januar rund 100 Teilnehmer/innen nach Kiel gekommen waren. Eine Haushaltsstrukturkommission solle Aufgaben benennen, die gestrichen werden, sagte Schlie. Den Mitarbeiter/innen könne nicht mehr abverlangt werden. Betriebsbedingte Kündi-

gungen schloss er aus. Das Land will bis 2020 rund 6.000 Stellen abbauen. Die Einsparungen dürften sich auch auf die Mitbestimmungsstrukturen auswirken. Schlie bekannte sich zwar zum Wesenskern des Mitbestimmungsgesetzes, deutete jedoch an, dass auch dieses auf Einsparpotenziale hin überprüft werde. ■

Thüringen

GEW will Teilzeitmodell vorschlagen

Die GEW entwickelt ein Teilzeitmodell für alle Lehrkräfte in Thüringen. Wie die Gewerkschaft mitteilt, soll eine Arbeitsgruppe Details für ein Modell auf freiwilliger Basis erarbeiten und bei

der nächsten Verhandlungsrunde für teilzeitbeschäftigte Lehrer/innen vorstellen. GEW und Landesregierung haben die Verhandlungen für diese „Floater“ genannten Angestellten am 7. Januar fortgesetzt. Laut GEW sieht sich das Kultusministerium wegen der kritischen Haushaltssituation nicht in der Lage, Verbesserungen im Floating-Modell vorzuschlagen. Die GEW möchte erreichen, dass die Landesregierung den Floating-Beschäftigten das gleiche Angebot unterbreitet wie den früher teilzeitverbeamteten Lehrerinnen und Lehrern. Diese können wieder Vollzeit arbeiten, nachdem das Obergericht Weimar die Teilzeitverbeamtung für unzulässig erklärt hatte. ■

Porträt



Im Porträt: Karl Zimmermann, Industriemeister – Technische Wagenbehandlung – Eisenbahn

Eine gute Ausbildung ist wichtig – für alle

Die offizielle Berufsbezeichnung von Karl Zimmermann klingt sperrig: Industriemeister der Fachrichtung technische Wagenbehandlung im Bereich Eisenbahn. Für das, was er tut, dürfte ihm die Wertschätzung und Dankbarkeit zahlloser Bahnkunden gewiss sein. Karl Zimmermann stellt sicher, dass die Wagen und Züge der DB Regio Mittelfranken betriebssicher und verkehrstauglich sind. Er ist verantwortlich dafür, dass Reisezüge in technisch einwandfreiem Zustand rechtzeitig bereitstehen. In den Abstellanlagen werden die Wagentechnik überprüft und Bremsproben durchgeführt. Bei Außen- und Innenuntersuchungen werden Laufwerk, Wagenkasten, Türen, die Zug- und Stoßrichtung, Heizung/Klimaanlage, Beleuchtung, Lautsprecheranlage und Toiletten geprüft. „Schäden oder Mängel werden nach Möglichkeit sofort behoben“, erläutert Zimmermann, „wenn das nicht geht, veranlasse ich die Reparaturmaßnahmen.“ Bei betriebsgefährlichen Schäden werden die Wagen ausgesetzt und in die Reisezugwerkstatt geschickt. Dass da eine enorme Verantwortung auf den Schultern des 50-Jährigen lastet, ist nicht von der Hand zu weisen. „Es ist noch kein Zug entgleist, den ich angeschaut habe“, blickt Zimmermann auf 18 Jahre in seinem Job zurück.



Genau genommen, ist der Wagenuntersuchungsdienst (WUD), der mit 12 weiteren Kollegen rund um die Uhr besetzt ist und in Schichten geleistet wird, aber nur ein Teil des noch recht jungen Berufsbildes. Daneben plant Karl Zimmermann den Personaleinsatz und erstellt die Arbeits- und Dienstpläne für den WUD. Seit 2004 ist er auch

als Ausbilder tätig und vermittelt Zugbegleitern, Rangierern und Wagenmeistern Grundkenntnisse der Brems- und Wagentechnik. Sein Arbeitsplatz ist der Nürnberger Hauptbahnhof, aber als Ausbilder für DB Regio Bayern ist er auch in München und Würzburg tätig.

In seiner Freizeit engagiert sich Karl Zimmermann zusammen mit Freunden für das Schulprojekt Basandol in Nepal. Heute werden dort 303 Kinder von 15 Lehrern unterrichtet. „Auch für diese Kinder ist eine gute Ausbildung wichtig“, bekräftigt Zimmermann sein Engagement. „Das Projekt ist eine Chance, etwas zu bewirken.“ ■



→ sind. Das Landesarbeitsgericht Hamburg hat dies ausdrücklich auch für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung nach § 11 Arbeitsschutzgesetz und § 6 Bildschirmarbeitsverordnung bestätigt. Der Arbeitgeber hat Spielräume bei der Entscheidung über die Regelmäßigkeit der Vorsorge, Regelungen zur Kostentragung und zur Arbeitsbefreiung. Auch hier greift die Mitbestimmung des Personalrats nach § 75 Abs. 3 Nr. 11 BPersVG bzw. entsprechender Landesregelungen. Zur Information der Beschäftigten über ihre Ansprüche und zur finanziellen Absicherung der Vorsorgeuntersuchungen und spezieller Sehhilfen sollten Dienstvereinbarungen abgeschlossen werden. Auch die öffentlichen Arbeitgeber sind verpflichtet, Vorsorgeuntersuchungen anzubieten und spezielle Sehhilfen für die Bildschirmarbeit anzubieten – auch für Beamtinnen und Beamte. Das Bundesverwaltungsgericht hat 2003 klargestellt, dass Bildschirmarbeitsbrillen nicht wie beihilfefähige medizinische Leistungen zu regeln, sondern ausschließlich vom Dienstherrn zu finanzieren sind (Az. 2 C 2.02).

Mitbestimmung bei Pausenregelungen

§ 5 BildscharbV legt fest, dass Bildschirmarbeit „durch andere Tätigkeiten oder durch Pausen“ regelmäßig unterbrochen werden soll. Bildschirmarbeit soll möglichst im Wechsel mit anderen, nicht bildschirmgestützten Tätigkeiten verrichtet werden; es geht also nicht darum, die Bildschirmarbeit mit einem anderen Softwareprogramm fortzusetzen. Arbeitsmedizinische Untersuchungen empfehlen als Obergrenze für Bildschirmarbeit fünf Stunden täglich. Spätestens nach zwei Stunden am Bildschirm sollten (bezahlte) Kurzpausen gemacht werden, um Ermüdungen vorzubeugen. § 5 BildscharbV ist nach der Rechtsprechung ausfüllungsbedürftig. Personalräte sollten daher die Möglichkeit nutzen, Dienstvereinbarungen mit konkreten Regelungen zu erwirken, denn die Bildschirmarbeit soll zunächst durch Tätigkeiten unterbrochen werden, die die Belastungen reduzieren können und erst in zweiter Linie durch Pausen. ■



Kiper, Manuel: Mitbestimmung bei der Bildschirmarbeitsgestaltung, in: „Der Personalrat“ 9/2008, S. 354ff.



Kleinanzeigenmarkt

Altersvorsorge – Riester für Beamte

Sondertarife für Gewerkschaftsmitglieder: Sichern Sie sich jetzt die Riesterförderung für Beamte und Ehegatten unter www.das-rentenplus.de

Bank für den öffentlichen Dienst

BBBank – Jetzt zur Hausbank für Beamte und den öffentlichen Dienst wechseln. Mehr Informationen unter www.bezuegekonto.de

Ausbildung im öffentlichen Dienst

Starten Sie Ihre Karriere im öffentlichen Dienst als Auszubildender oder Beamtenanwärter unter www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de

Einkaufen

Einkaufsvorteile für Beamtinnen und Beamte unter www.einkaufsvorteile.de/bsw

Darlehen und Kredite

Anschaffungen oder Umschuldungen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst unter www.beamtenkredite-online.de

Beamtenversorgungsrecht

Praxis-Seminare zur Beamtenversorgung
Anmeldungen unter www.die-oeffentliche-verwaltung.de

Beihilfe

Ratgeber „Die Beihilfe“ nur 7,50 Euro
Bestellungen unter www.die-beihilfe.de oder per Tel.: 0211 7300335

OnlineService für den öffentlicher Dienst

OnlineService: Für nur 10 Euro können Sie mehr als 800 PDF zu den wichtigsten Themen im öffentlichen Dienst herunterladen, lesen und ausdrucken. Anmelden unter www.dbw-online.de

Gastgeber

Mehr als 5.000 Gastgeber unter www.urlaubsverzeichnis-online.de

Urlaub und Freizeit

FerWo, Bayr. Wald 07191 85656

Das RentenPlus 

Sondertarif für die Riester-Rente

www.das-rentenplus.de

Forderung mit Augenmaß

Fünf Prozent mehr im Gesamtvolumen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen fordern die Gewerkschaften in der laufenden Tarifrunde. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes fordern ver.di, TRANSNET, GdP und GEW die Übertragung des Tarifergebnisses in entsprechendem Umfang. Die Arbeitgeber finden das maßlos. Das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ hat die Verhandlungsführer der Gewerkschaften gefragt, warum sie ihre Forderungen für gerechtfertigt halten.



Einsatzbereitschaft muss sein

Sozial ist, was Kaufkraft schafft. Das sichert Arbeitsplätze. Unter diesem Motto ist ver.di in die Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen gegangen. Das Gesamtvolumen der Forderung beträgt fünf Prozent. Darin enthalten ist eine lineare Anpassung mit sozialer Komponente. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes liegt die Priorität auf einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Ergebnisses und der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf das Tarifniveau. ver.di kann diese Forderungen aber nicht alleine durch Verhandlungen durchsetzen, wie der bisherige Verlauf zeigt. Die Grundlage unseres Einflusses ist nicht nur die Arbeitskampffähigkeit, sondern die breite Zustimmung der Beschäftigten durch einen guten Organisationsgrad. Und da sollten die Beamtinnen und Beamte aktiv für ihre Interessen eintreten. ■

Achim Meerkamp, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes



Lohnzurückhaltung ist Gift für die Konjunktur

Neben den Forderungen im Gesamtvolumen von fünf Prozent – Tabellenwerte, Altersteilzeit, Aufstiege – fordert die GEW, die in der letzten Tarifrunde 2009 mit den Ländern erreichten Verbesserungen für Lehrerinnen und Lehrer auch in den Geltungsbereich des TVöD zu übernehmen. Auch bei Lehrkräften an kommunalen Schulen und bei der Bundeswehr muss das Referendariat wenigstens mit sechs Monaten auf die Stufenlaufzeit angerechnet werden. Die GEW lässt sich vom Gejammer über leere öffentliche Kassen nicht beeindruckt. Wer Steuergeschenke an Erben und Hoteliers verteilen kann, hat kein Recht, von seinen Beschäftigten Bescheidenheit einzufordern! Die öffentlichen Arbeitgeber müssen, anders als ein Klein- oder Mittelbetrieb, auch gesamtwirtschaftlich denken. Lohnzurückhaltung ist Gift für die Konjunktur, für die Motivation und die Nachwuchsgewinnung. ■

Ilse Schaad, Mitglied des GEW-Hauptvorstandes



Arbeitgeber bekunden Mangel an Wertschätzung

Die GdP fordert fünf Prozent im Gesamtvolumen und die Übertragung des Gesamtvolumens auf die Besoldungs- und Versorgungsbezüge der Beamten und Versorgungsempfänger – insgesamt eine durchdachte, mit Augenmaß gestellte Forderung. Die Arbeitgeber sehen das naturgemäß anders. Aber mit welcher Arroganz sie die gewerkschaftliche Forderung als maßlos bezeichnen, ist einmalig. Die Beschäftigten sollen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zahlen, die andere verursacht haben. Ihnen werden Nullrunden, Gehaltskürzungen und Personalabbau angedroht. Sie sollen schuld sein an bevorstehenden Leistungskürzungen. Die damit dokumentierte mangelnde Wertschätzung ihrer Arbeit haben unsere Kolleginnen und Kollegen nicht verdient. Stattdessen gibt's unverdient Milliardenbeschenke für reiche Erben und Hoteliers. Da ist etwas aus den Fugen geraten! ■

Konrad Freiberg
Bundesvorsitzender der GdP



Nullrunde? – Nicht mit uns!

TRANSNET möchte deutliche strukturelle Verbesserungen des Dienstrechts sowie eine angemessene Erhöhung der Bezüge für die Beamtinnen und Beamten erreichen. Strukturelle Verbesserungen sind notwendig, um den öffentlichen Dienst leistungsfähig zu halten. Der öffentliche Dienst muss eine Perspektive und Alternative zur Wirtschaft sein. Deshalb müssen die hervorragenden Leistungen der Beamtinnen und Beamten, die eine effektive öffentliche Daseinsvorsorge erst ermöglichen, ordentlich honoriert werden. Die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit haben die Beamtinnen und Beamten unter Beweis gestellt. Es kann nicht sein, dass Unsummen in die Wirtschaft gesteckt werden und bei den Beamtinnen und Beamten, die nichts für die wirtschaftliche Schiefelage können, nun gespart wird. ■

Martin Burkert
Vorstandsmitglied der TRANSNET

Unwort des Jahres 2009



„Betriebsratsverseucht“ – und das ist gut so!

„Betriebsratsverseucht“ ist das „Unwort des Jahres“ 2009. Arbeitnehmerinteressen würden damit „in völlig unangemessener Weise als Seuche dargestellt“, befand eine Jury aus unabhängigen Sprachwissenschaftlern. DGB-Chef Michael Sommer nannte es bemerkenswert, dass Sprachwissenschaftlicher mit der Wahl dieses „Unwortes deutlich zu machen versuchen, dass es ein gesellschaftliches Missverhältnis zwischen der Notwendigkeit und der Bedeutung der Betriebsratsarbeit und der Missachtung dieser Arbeit durch bestimmte Arbeitgeber gibt“.

Gemeint sind damit insbesondere die Urheber des „Unwortes“, Abteilungsleiter der Baumarktkette „Bauhaus“, die, wie ein Mitarbeiter in „Monitor“ berichtete, Beschäftigte so titulierte, wenn sie aus einer Filiale mit Betriebsrat in eine Filiale ohne Arbeitnehmervertretung wechseln wollten und ihnen vorgehalten werde, „dass ihr bisheriges Vertrauen in eine Arbeitnehmervertretung die Einstellung ge-

fährde.“ Deshalb sei die Wahl von „betriebsratsverseucht“ ein Zeichen dafür, dass es „noch ein Bewusstsein dafür gibt, dass Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wahrgenommen werden müssen und diese Interessenwahrnehmung nicht als Übel zu betrachten ist, sondern als Vorteil“, so Sommer.

Der Sprecher der Jury, Horst Dieter Schlosser, begründete die Wahl damit, dass die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen zwar viele Unternehmer störe, sie als „Seuche“ zu bezeichnen aber ein sprachlicher Tiefpunkt im Umgang mit Lohnabhängigen sei. Mit dem zum „Unwort“ gewählten Begriff stünden Menschen „plötzlich da, als wären sie Aus-sätzige“. Zugleich steht laut Schlosser das Wort für „eine Haltung, die sich leider inzwischen verbreitet hat“. Deshalb wollten die Sprachwissenschaftlicher „rechtzeitig ‚Stopp‘ sagen“ und zum genauen Hinsehen anregen, was „in Betrieben ohne Betriebsrat los ist.“ ■

Keine Versicherung ist wie die andere.

Wenn es um die Finanzierung Ihrer Wünsche geht –
NÜRNBERGER Beamtendarlehen.

125 JAHRE

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER

VERSICHERUNGSGRUPPE



**Finanzdienstleister
für den Öffentlichen Dienst.**

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG

Telefon 0911 531-4872, Fax -814872

MBoeD@nuernberger.de

www.nuernberger.de

Urteile

Höchstalter bei Feuerwehr gerechtfertigt

Weil die berufliche Tätigkeit besondere Anforderungen mit sich bringe, sei es gerechtfertigt, dass Beschäftigte des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes bei ihrer Verbeamtung höchstens 30 Jahre alt sein dürften. Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat in einer Vorabentscheidung das Höchstalter für die Einstellung in den feuerwehrtechnischen Dienst für mit der Richtlinie 2000/78/EG vereinbar erklärt. Generelle Aussagen über die Zulässigkeit von Höchstaltersgrenzen für die Lebenszeitverbeamtungen hat der Gerichtshof jedoch nicht getroffen. Das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main hatte eine entsprechende Vorlage an den EuGH gerichtet (Az.: C-229/08). ■

Zwangs-Versicherungspflicht unwirksam

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat einen Passus in der baden-württembergischen Bei-

hilfverordnung für unwirksam erklärt, wonach Beihilfe nur Beamtinnen und Beamten gewährt wird, die eine private Krankenversicherung abgeschlossen haben. Mit dieser Bestimmung würden keine beihilferechtlichen Ziele verfolgt, sondern das Ziel des Versicherungsvertragsgesetzes, möglichst lückenlos alle Bürgerinnen und Bürger gegen Krankheitskosten zu versichern, begründete das VG Stuttgart sein Urteil. Dafür fehle dem Land jedoch die gesetzgeberische Kompetenz. Das Land hat gegen die Entscheidung Berufung eingelegt (Az.: 12 K 1587/09).

Web-Tipp

Gesundheitsmanagement im Bund

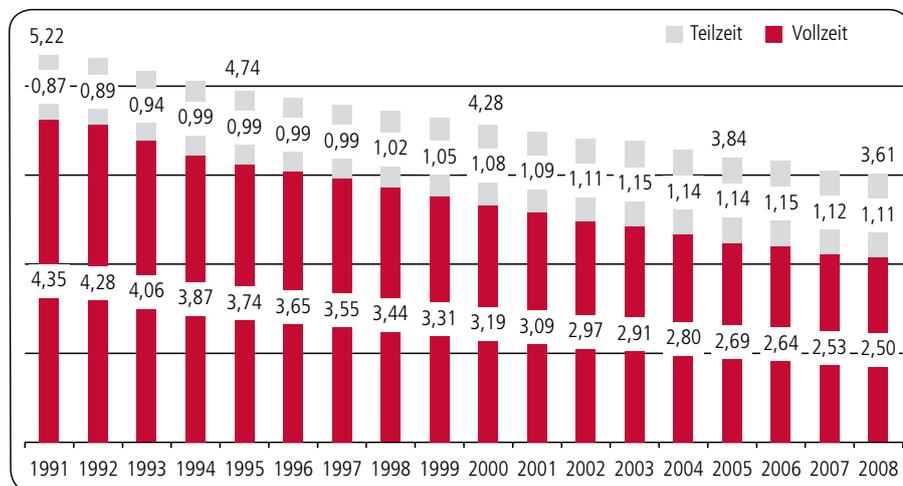
Dem Ziel, die Gesundheit der Beschäftigten des Bundes zu stärken, dient die Gemeinsame Initiative zur Weiterentwicklung der systematischen behördlichen Gesundheitsförderung und zum Aufbau bzw. zur Fortentwicklung von behördenbezogenen Gesundheitsmanagementsystemen in der Bundesverwaltung. Die Unterzeichner der Initiative – Deutscher Gewerk-



schaftsbund, dbb beamtenbund und tarifunion und das Bundesinnenministerium, haben ihr Projekt in einer gemeinsamen Broschüre dargestellt und erläutert. Die Broschüre kann im Internet heruntergeladen werden: www.dgb.de (Beamtenpolitik ► Dokumente). ■

Zahlen, Daten, Fakten

Beschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden 1991 bis 2008 (in Mio.)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Stichtag: 30.6.

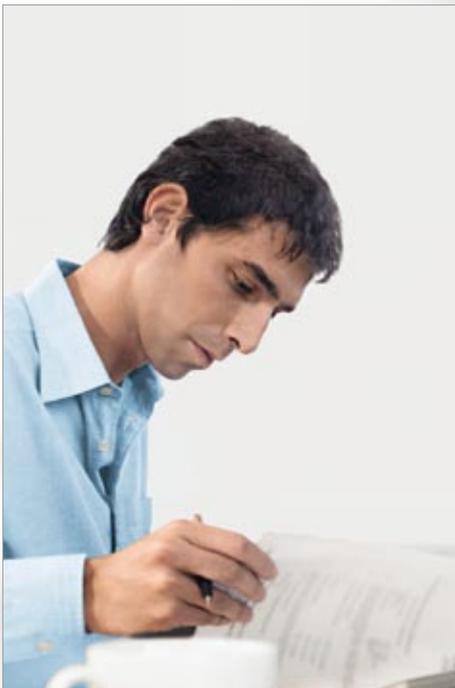
schafftabbau durch die Privatisierungen noch drastischer aus: Im Zeitraum von 1991 bis 2008 ist über die Hälfte der Arbeitsplätze im unmittelbaren öffentlichen Dienst verloren gegangen. Kein Land in der EU gibt heute weniger Geld für den öffentlichen Dienst aus als Deutschland. ■

Seit 1991 sind im öffentlichen Dienst des Bundes, der Länder und Gemeinden 1,6 Millionen Arbeitsplätze abgebaut worden. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist seitdem kontinuierlich gesunken, von 4,3 auf 2,5 Millionen, das sind rund 1,9 Millionen oder 42,5 Prozent weniger Vollzeitbeschäftigte. Der leichte Anstieg der Teilzeitbeschäftigten von etwa 870.000 im Jahr 1991 auf rund 1,2 Millionen bis 2006 setzte sich danach nicht fort. Bis 2008 sank die Zahl der Teilzeitbeschäftigten wieder um 3,4 Prozent auf gut 1.100.000. Im unmittelbaren öffentlichen Dienst insgesamt, also einschließlich der Zweckverbände und dem Bahn- und Postbereich, fällt der Perso-

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Mit BOXplus, dem Rundum-Schutz für Sie und Ihr Zuhause.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**



BOXplus

- Maßgeschneiderter Rundum-Schutz für Sie und Ihr Zuhause
- Haftpflicht, Hausrat, Glas, Wohngebäude und Unfall
- Flexibel und frei kombinierbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie – und entwickeln Produkte, die speziell auf Ihre Bedürfnisse abgestimmt sind. So wie BOXplus. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

*9 Ct. je angefangene Minute (Deutsche Telekom AG), ggf. abw. Mobilfunktarif



Private Krankenversicherung für Beamte

Mehr Leistung. Mehr Sicherheit.
Weniger Kosten.



Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause.

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Mehr Leistung beim Arzt, Zahnarzt, im Krankenhaus
- Günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: attraktive Beitragsrückerstattungen
- Zufriedene Kunden: Testsieger in der Kundenzufriedenheitsstudie der unabhängigen Unternehmensberatung MSR Consulting.

Lassen Sie sich gut beraten:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

**Der schnelle Rat: Telefon 09561 96-98221
Telefax 09561 96-6990**



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig